



# Landtags-NSU-Ausschuss mit mehr Verantwortung

...nach Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Bundestags

Anlässlich der Vorstellung des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses des Bundestages zur Neonazi-Mordserie am 22. August in Berlin erklärte Martina Renner, Mitglied der Thüringer Linksfraktion im Untersuchungsausschuss des Landtags „Rechtsterror und Behördenversagen“ und dort auch stellvertretende Vorsitzende:

„Es ist zu begrüßen, dass es gelungen ist, unter enormen Zeitdruck und in Zusammenarbeit aller Bundestagsfraktionen diesen Abschlussbericht zum Staatsversagen um den Terror des NSU vorzulegen. Viele Bewertungen und Schlussfolgerungen können wir teilen. Zugleich stellen wir aber auch fest, dass der Großteil des Ausschusses nicht bereit war, aus den Feststellungen alle notwendigen Konsequenzen zu ziehen, und somit für unsere Bundestagsfraktion ein Sondervotum erforderlich wurde.“

### Um Vertuschen und Abwiegeln so schwer wie möglich machen

Zugleich zeige der Bericht aber auch die Grenzen des Untersuchungsausschusses auf. „Falschaussagen, Widersprüchlichkeiten und Aktenvernichtung verhindern letztlich eine vollständige Aufklärung nicht nur im Bund, sondern auch in Thüringen“, so die Einschätzung der LINKEN Landtagsabgeordneten.

Diese Erkenntnis müsse auch ihren Niederschlag bei der Überarbeitung des Thüringer Untersuchungsausschussgesetzes finden. „Dabei darf es jedoch nicht bleiben. Es bedarf einer umfangreichen Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte, um Vertuschen und Abwiegeln so schwer wie möglich zu machen“, forderte Martina Renner.

### Strukturellem Rassismus wirksam begegnen

Den Schlüssen, die die Bundestagsfraktion der LINKEN in ihrem Sondervotum zieht, sei uneingeschränkt zuzustimmen. Insbesondere die Feststellung, es habe sich nicht um individuelle und einzelne Fehler gehandelt, sondern es liege ein strukturelles Versagen vor, decke sich mit dem, was im Thüringer Untersuchungsausschuss zutage getreten sei.

Daneben seien auch die abgeleiteten Sofortmaßnahmen hinsichtlich der Flüchtlingspolitik, zur Extremismusklausel und zur Abschaffung des Bundesamtes für Verfassungsschutz als richtige Schlussfolgerungen ausdrücklich zu begrüßen. Katharina König, LINKE-Abgeordnete und Mitglied ihrer Fraktion im Landtagsuntersuchungsausschuss, betonte: „Wer wirklich Konsequenzen aus den Skandalen um den NSU ziehen will, der muss eben zum einen tatsächlich dafür sorgen, dass strukturellem Rassismus in Ämtern und Behörden wirksam begegnet wird

und Diffamierungen von Asylsuchenden und Migranten durch politische Verantwortungsträger, Medien und Teilen der Bevölkerung unterbleiben.“

Zum anderen kann nicht länger eine unwissenschaftliche These, wie die Extremismustheorie, Leitmotiv staatlichen Agierens gegenüber engagierten Bürgerinnen und Bürgern sein. Hier gilt es, unsägliche Gleichsetzungen zu beenden und zivilgesellschaftliches Engagement gegen Homophobie, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus zu stärken und zu fördern.“

### Thüringer NSU-Ausschuss hat noch viele Fragen

Für den Untersuchungsausschuss in Thüringen ergebe sich nun eine erhöhte Aufklärungsverantwortung. Viele Fragen mit Thüringenbezug, die im Bundesuntersuchungsausschuss mangels Zeit nicht oder nur oberflächlich behandelt worden seien, müssten nun durch den Thüringer Ausschuss umfassend beantwortet werden. Dazu zählten vor allem der Komplex der Fahndung nach den Untergetauchten und die Ereignisse am 4. November 2011 in Eisenach.

Allerdings stehe der Ausschuss in Thüringen nun nicht alleine da. „Der Prozess in München läuft weiter und wir gehen davon aus, dass die weitere Arbeit im Ausschuss von den dortigen Entwicklungen beeinflusst werden wird und umgekehrt“, so die Abgeordneten abschließend. ■

## KOMMENTIERT:

von Frank Kuschel

### Der falsche Adressat

Entgegen der Behauptung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Südthüringen ist die steuerliche Belastung der Wirtschaft durch die Kommunen im Freistaat durchaus moderat und keinesfalls ein Grund für Abwanderungsüberlegungen.

Laut der IHK werden angeblich Thüringer Unternehmen im bundesweiten Vergleich überdurchschnittlich durch die Gemeinden über die Gewerbesteuer finanziell belastet. So hieß es in einer Mitteilung gegenüber den Medien, dass Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern einen durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 422 Prozent haben. Damit sei die Belastung der Unternehmen gegenüber dem Jahr 2012 um 12 Prozentpunkte gestiegen. Im Deutschlandvergleich sei dies der stärkste Anstieg.

Nach meiner Auffassung hat diese Einschätzung der IHK mit der Wirklichkeit überhaupt nichts mehr zu tun. Nur 15 Prozent der öffentlichen Steuereinnahmen der Gemeinden, Länder und des Bundes resultieren aus Unternehmenssteuern. 85 Prozent der Staatseinnahmen erbringen lohnabhängige Beschäftigte und Verbraucher. Im europaweiten Vergleich ist die Unternehmensbesteuerung in Thüringen äußerst angemessen.

In Thüringen können Gemeinden nicht einmal 25 Prozent ihrer Einnahmen und Ausgaben aus eigenen Steuern decken, während diese so genannte kommunale Steuerdeckungsquote in den alten Bundesländern bei rund 40 Prozent liegt. Die Gewerbesteuer in Thüringen liegt unter 50 Prozent des Bundesdurchschnittes. Nur jedes sechste Unternehmen in Thüringen zahlt überhaupt Gewerbesteuer.

Auf Grund der jüngsten Veränderungen bei der Unternehmensbesteuerung würde eine reale Mehrbelastung der Wirtschaft durch die Gewerbesteuer erst bei Hebesätzen über 600 eintreten. In Thüringen liegt der höchste Hebesatz bei der Gewerbesteuer jedoch bei 470.

Letztlich sind in Thüringen die Gemeinden bei der Festsetzung der Hebesätze der Gewerbesteuer nicht ganz frei. Das Land fordert mindestens einen Hebesatz von 400, anderenfalls werden zukünftig Landeszuweisungen gekürzt. Die Gemeinden sind also der falsche Adressat der IHK, wenn es um unzumutbare Steuerbelastungen geht. ■

## AKTUELL

# Wenn deutscher Kleingeist waltet

Anlässlich der Klagezurückweisung des Bundessozialgerichts bezüglich eines Rundungsbetrages von 15-Euro-Cent erklärte Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag:

„Wer über Jahre hinweg Kraft und Energie darauf verschwendet, sinnfreie Klagen wegen 15 Cent vorzunehmen anstatt erwerbslosen Menschen die notwendige Unterstützung zu geben, wird zu Recht wegen Justizmissbrauchs verurteilt.“

Das Jobcenter im Unstrut-Hainich-Kreis ist am 19. August in seinem Rechtsstreit gegen die Zahlung von 15 Cent Hartz-IV-Leistungen auch vor dem Bundessozialgericht ge-

scheitert. Die Kasseler Richter haben weitere Rechtsmittel gegen das Aufrunden von Cent-Beträgen hinter dem Komma für unzulässig erklärt. Das Thüringer Landessozialgericht hatte das Mühlhäuser Jobcenter dazu verurteilt, einen Zahlungsbetrag mit mehr als 50 Cent hinter dem Komma nach der damals geltenden Rechtslage aufzurunden, in dem beklagten Fall ging es um eine Differenz von 15 Cent.

Dabei hat jetzt das Bundessozialgericht in seiner Entscheidung nicht nur das Klagebegehren zurückgewiesen, sondern außerdem ein Strafgeld von 600 Euro gegen das klagende Jobcenter verhängt. Mühlhausen ist nicht das einzige Jobcenter, wo es immer wieder Berichte gibt, dass offensichtlich die Rechtsabteilungen versuchen, mittels

Ausschöpfung der Klagewege Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger von der juristischen Einforderung ihrer Rechte abzuhalten. Dies ist und bleibt ein Skandal: Jobcenter sollen unterstützen und helfen, nicht drangsaliieren.

Ich wünsche mir, dass das Vorgehen des Bundessozialgerichts Schule macht unter deutschen Gerichten und dass Begehren so mancher Jobcenter entschieden zurückgewiesen werden. Vielleicht besinnt sich dann auch der eine oder andere Mitarbeiter vor Ort wieder auf die eigentliche Aufgabe im Sinne der Betroffenen.“

(Aktenzeichen B 4 AS 64/13 B)

Die Rundungsregel gilt inzwischen nicht mehr. ■